

«Nichts zu ändern ist keine Variante»

Studie Wenn zukünftigen Altersgenerationen Pflege und Betreuung in der heutigen Qualität zur Verfügung stehen sollen, muss heute etwas dafür gemacht werden. Sie Stiftung Zukunft.li will mithilfe einer Studie aufzeigen, was auf die kommenden Generationen zukommt.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Herr Lorenz, die Zahl der über 80-Jährigen wird sich bis 2030 mehr als verdoppeln und bis 2050 gar verdreifachen. Deshalb hat die Stiftung Zukunft.li eine Studie zum Thema «Demografischer Wandel» in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse nach den Sommer veröffentlicht werden sollen. Liegen schon erste aufschlussreiche Aussagen vor?

Thomas Lorenz: Um präzise zu sein: Wir beschäftigen uns in dieser Studie konkret mit der Frage der zukünftigen Finanzierung der Pflege und Betreuung von alten Menschen, auf welche die Demografie natürlich eine Auswirkung hat. Ausgangspunkt ist die heutige Situation mit den Angeboten im stationären Bereich – also den Altersheimen – und im ambulanten Bereich, also der Pflege und Betreuung in den eigenen vier Wänden. Mittlerweile ist der demografische Wandel in aller Munde. Die Anzahl der Menschen im hohen Alter wird sich mit zunehmender Geschwindigkeit erhöhen. Das ist in Sichtweite. Wir wollen aufzeigen und bewusst machen, was dadurch in Bezug auf Pflege und Betreuung im Alter auf die kommenden Generationen zukommt.

Hat die Politik zum heutigen Zeitpunkt die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt? Was fehlt noch konkret?

Bei den Altersvorsorgesystemen der 1. und 2. Säule wurden im letzten Jahr wichtige Weichen gestellt. Den Fragen der Finanzierung – vor allem der zukünftigen Finanzierung – von Pflege und Betreuung im Alter kommt noch zu wenig Aufmerksamkeit zu.

Sie sind davon überzeugt, dass ein neuer Finanzierungsansatz nötig ist. Wie soll dieser konkret aussehen?

Ich möchte der Vorstellung unserer Studie nach der Sommerpause natürlich nicht vorgreifen. Wir achten es als dringend notwendig, die heutige Finanzierung, die stark über Steuern und Krankenkassenprämien erfolgt, zu überdenken. Die Verantwortung der Einzelnen, gezielt für den möglichen Pflegefall im Alter vorzusorgen, sollte stärker eingefordert werden. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass dies nicht für alle im gleichen Ausmass möglich sein wird. Der Staat wird also in jedem Fall ein Stück weit in der Verantwortung bleiben müssen.

Der Landtag hat das Thema in seiner letzten Sitzung kurz angesprochen. Der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser sprach von einem «Demografieprozent». Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Dass sich politische Parteien und deren Exponenten mit der Frage der Finanzierung der Folgen einer älter werdenden Gesellschaft beschäftigen, ist positiv und dringend notwendig.

Ihrer Ansicht nach sollte die öffentliche Hand auch mehr Anreize bieten, damit jeder Einzelne seine Vorsorge selbst in die Hand nimmt. Wie sollen diese Anreize aussehen?

Die entscheidende Frage ist, ob nur mit Anreizen das Ziel erreicht werden kann. Aber Sie verstehen, dass ich an dieser Stelle der bevorstehenden Präsentation unserer Studie nicht vorgreifen möchte.



Thomas Lorenz, Leiter der Geschäftsstelle Zukunft.li: «Wir möchten mit der Studie einen Beitrag leisten, indem wir aufzeigen, wie das heutige System funktioniert, und einen Finanzierungsansatz zur Diskussion stellen.» Bild: pd

Es gibt auch Familien, bei denen das Geld kaum reicht, um alle Rechnungen zu bezahlen. Sie können es sich nicht leisten, selber einen höheren Beitrag beizusteuern. Wo sollen diese Familien vorsorgetechnisch ansetzen?

Wie schon erwähnt, ist und bleibt die Gesellschaft in der Pflicht, dort gezielt Verantwortung wahrzunehmen, wo eigene Mittel nicht ausreichen. Wie dies im konkreten Fall aussehen soll, ist in einem politischen Prozess zu werten und

zu bestimmen. Bevor wir uns aber mit Detailfragen beschäftigen, sollten wir zuerst über die Grundsätze der zukünftigen Finanzierung in diesem Bereich diskutieren.

Immer öfter in Diskussion sind auch alternative Wohnformen – inwiefern könnten diese ein Teil der Lösung sein?

Ich kann mir gut vorstellen, dass vor allem das sogenannte «Service-Wohnen» bei uns eine Lücke bei den klassischen Pflege-

und Betreuungsformen schliessen dürfte. So können ältere Menschen nach eigenen Bedürfnissen Dienstleistungen abrufen, zum Beispiel für die Unterstützung im Haushalt. Ob solche Lösungen einen relevanten Beitrag in der Finanzierungsfrage durch eine Senkung der Kosten leisten können, hängt von der konkreten Ausgestaltung ab. Es darf bei diesen Überlegungen nicht ausser Acht gelassen werden, dass mit neuen Angeboten möglicherweise auch eine Verschiebung von heute unentgeltlich erbrachten

Betreuungsleistungen zu staatlich geförderten Wohnformen erfolgt und damit eben insgesamt keine Kostenersparnis resultiert.

Wie schnell muss gehandelt werden, um den demografischen Wandel überhaupt noch bewältigen zu können?

Die grossen 60er-Jahrgänge werden in nicht mehr allzu ferner Zeit das Alter erreichen, in dem Pflege- und Betreuungsfragen aktuell werden. Wenn neue Wege in der Finanzierung gegangen werden sollen, dann sollte der politische Prozess dazu möglichst bald einsetzen und darf vor allem nicht Jahrzehnte dauern. Aber eines ist aus unserer Sicht klar: Wenn zukünftigen Altersgenerationen Pflege und Betreuung in der heutigen Qualität zur Verfügung stehen sollen, dann müssen wir am Finanzierungssystem Änderungen vornehmen und die nachrückenden Generationen zumindest teilweise von der Finanzierungsverantwortung entlasten. Ansonsten wird man sich dieses System nicht mehr leisten können und am Angebot oder der Qualität, letztlich also an den Kosten, schrauben müssen. Darum ist nichts zu ändern aus unserer Sicht keine Variante und sicherlich nicht generationengerecht.

Werden die Ergebnisse der Studie Ihrer Stiftung wichtige Impulse für die Politik liefern können?

Das ist unser Ziel. Wir möchten mit dieser Studie einen Beitrag leisten, indem wir aufzeigen, wie das System heute funktioniert und vor allem einen neuen oder vielmehr einen ergänzenden Finanzierungsansatz zur Diskussion stellen.

IBK-Regierungschefs einigen sich auf strategische Schwerpunkte

Strategiegespräch Zum zweiten Mal in diesem Jahr trafen sich die Regierungschefs der zehn Mitglieder der Int. Bodenseekonferenz (IBK) im Vorsitzland Liechtenstein. Erneut ging es darum, die Positionierung der IBK im Bodenseeraum voranzutreiben.

Das Auditorium der Universität Liechtenstein in Vaduz war am 7. Juli der Ort und die ideale Räumlichkeit, um die Neuausrichtung der IBK zu besprechen. Ein offener Saal, in dem zehn inspirierende, grossflächige Fotos aufgestellt waren, die das Wesen der IBK zu vermitteln versuchten. Dazu passend die einleitenden Worte des liechtensteinischen Regierungschefs Adrian Hasler: «Die IBK kann für die Bodenseeregion vieles sein: ein traditionsreicher Zusammenschluss von Nachbarn, ein stabiler, gut funktionierender Verbund oder auch ein Pool an Möglichkeiten, der vielleicht noch nicht ganz ausgeschöpft ist.»

Zehn Nachbarn – ein Ziel

Anfang April hatten sich die IBK-Regierungschefs in einem Kamingespräch auf ein provisorisches Leitbild für die IBK geeinigt. Bei den im Leitbild enthaltenen Leitsätzen geht es um die Bodenseeregion als Region mit hoher Lebensqualität, mit starker Wirtschaft und Forschung, mit vielfältiger Raumstruktur und mit ein-



Die IBK-Regierungschefs und Regierungsvertreter im Rahmen des Strategiegesprächs. Bild: M. Zanghellini

maligem Natur- und Kulturräum. Die IBK soll langfristig das politische Dach der Bodenseeregion

werden. An der Juli-Sitzung wurden nun die strategischen Schwerpunkte zum Leitbild be-

schlossen. Die Vorarbeit dazu wurde in vier Zukunftsforen geleistet, die im April und Mai statt-

gefunden haben. Die Ergebnisse dieser Zukunftsforen wurden ausgewertet und daraus basierend strategische Schwerpunkte erarbeitet. Jedem Schwerpunkt wurden beispielhaft verschiedene mögliche künftige Projekte zuge-wiesen.

Die IBK-Regierungschefs beschlossen ebenfalls, durch eine öffentliche Konsultation die Meinung zum provisorischen Leitbild und den strategischen Schwerpunkten einzuholen. Diese Konsultation soll bis Ende September 2017 abgeschlossen werden. Als Adressaten der Konsultation gelten grenzüberschreitende Institutionen und Netzwerke sowie weitere für die jeweiligen IBK-Mitgliedsländer wichtige Interessensgruppen. Parallel dazu verläuft ebenfalls bis Ende September ein interner Prozess, in welchem die IBK-Kommissionen ihre Meinung zu Leitbild, Strategie, möglichen strategischen Projekten und Umsetzungsfragen abgeben können. Nicht zuletzt muss auch eine Entscheidungsgrundlage für die zukünftige Organisationsform der IBK bis Ende Jahr vorliegen. (ikr)

Die IBK

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) ist die gemeinsame Plattform der Regierungen der Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern. Ziel der IBK ist es, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern und die regionale Zusammengehörigkeit zu stärken. Sie bildet den Kern eines breit gefächerten Netzwerkes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion.

